

SZ+ U-Ausschuss zu rassistischen Anschlägen

Die „politische Lebenslüge“ zur rechten Gewalt im Saarland

Analyse | Saarbrücken · Der U-Ausschuss zur Anschlagsserie der 1990er-Jahre im Saarland untersucht das Versagen des Verfassungsschutzes. Ex-Präsident Albert soll am Dienstag Antworten liefern – auch zu V-Leuten in Saarlouis. Beim letzten Termin ließen mehrere Details aufhorchen.

07.04.2025, 13:02 Uhr · 8 Minuten Lesezeit



Teilnehmer einer Gedenkkundgebung für den 1991 bei einem Brandanschlag getöteten ghanaischen Asylbewerber Samuel Yeboah haben an einem Gedenkstein Blumen abgelegt. Am Dienstag geht der Untersuchungsausschuss im saarländischen Landtag zu der rassistischen Anschlagsserie Anfang der 1990er im Saarland weiter.

Foto: dpa/Harald Tittel



Von **Michael Kipp**
Chefreporter

Am Dienstag, 8. April, setzt der saarländische Untersuchungsausschuss zur rassistischen Anschlagsserie der 1990er-Jahre seine Arbeit fort. Im Mittelpunkt der 16. Sitzung steht die Befragung von Helmut Albert, dem ehemaligen Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz. Von seiner Aussage erwarten die Ausschussmitglieder entscheidende Erkenntnisse darüber, wie die Behörde damals mit der rechtsextremen Gefahr umging und warum die damalige SPD-Landesregierung die Behörde trotz wachsender Neonazi-Aktivitäten im Saarland personell schwächte. Und: Warum es am 19. September 1991 zu einem rassistisch motivierten Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in

Saarlouis kommen konnte, bei dem der Ghanaer Samuel Yeboah verstarb.

Rückblick: Die 15. Sitzung – ein Spiegelbild des Versagens

Bereits die 15. Sitzung des U-Ausschusses am vergangenen Mittwoch offenbarte ein institutionelles und politisches Versagen in Sachen Verfassungsschutz im Saarland. Friedel Läßle, damaliger Innenminister (SPD), räumte am Mittwoch als Zeuge ein, dass der massive Personalabbau beim Verfassungsschutz – von 121 auf 63 Mitarbeiter zwischen 1985 und 1993 – ein „grober Fehler“ war. Das sogenannte, damals geheime Nisius-Gutachten von 1993 belegte bereits die Handlungsunfähigkeit der Behörde und warnte vor den Folgen für die Überwachung rechtsextremer Strukturen. Doch diese Erkenntnisse hatte die damalige Landesregierung offenbar ignoriert. Fast 20 Anschläge aus dieser Zeit sind bis heute ungeklärt.

Die Aussagen von Oskar Lafontaine im Ausschuss, dem damaligen Ministerpräsidenten (damals SPD), sorgten für besonderes Unverständnis. Lafontaine verteidigte nicht nur seine Skepsis gegenüber dem Verfassungsschutz, er wiederholte auch die damalige Denke: Wenn keine Flüchtlinge kommen, gibt es weniger Anschläge. Daher habe er damals an einer Verschärfung des Asylgesetzes mitgewirkt. Danach hätten die Anschläge ja aufgehört.



Historische Fotoaufnahmen
Neonazis demonstrieren 1996 in Saarlouis

Foto: Aktion 3. Welt Saar

Zuletzt aktualisiert: 28.03.2023

Kontroverse um Täter-Opfer-Umkehr

Diese Logik, erklärt Hans Wolf von der Aktion 3. Welt Saar in einer Pressemitteilung zum U-Ausschuss, mache die Anwesenheit von Flüchtlingen für die Gewalt verantwortlich – und nicht die rassistische Grundstimmung, innerhalb derer Neonazis agierten. „Eine Täter-Opfer-Umkehr“ sei dies.



Eine Konstante, die sich durch alle Zeugenaussagen am vergangenen Mittwoch zog, war die Behauptung, die Politik habe damals gewusst, dass es eine aktive Naziszene im Saarland gab, auch die Mord- und Brandanschläge hätten sie direkt dem Rechtsextremismus zugeordnet. „Dies ist schlichtweg eine politische Lebenslüge, denn drei Jahrzehnte lang wurde genau dies von allen staatlichen Stellen – Parteien, Justiz, Polizei – geleugnet“, widerspricht Hans Wolf von der Aktion 3. Welt Saar. „Einzig in der Zivilgesellschaft gab es Organisationen wie die Aktion 3. Welt Saar, der saarländische Flüchtlingsrat und die Antifa Saar, die dieser offiziellen Lesart widersprachen.“ Deren Engagement für die Aufklärung des Mordes an Samuel Yeboah sei es mit zu verdanken, „dass eine Zeugin 2019 aussagte und seit 2020 seriös seitens der Polizei ermittelt wurde“, ergänzt er.

In der Zwischenzeit gab es zwei Prozesse mit der Verurteilung eines Täters zu sechs Jahren und zehn Monaten sowie die Einsetzung eines Opfer-Entschädigungsfonds, eines Anti-Rassismus-Beauftragten – und die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Ausschussmitglied Kira Braun (SPD) erklärte zu Lafontaines Einlassungen, dass sie „irritierend wirkten“. Lafontaine wolle „keinen Fehler im damaligen Umgang mit der Personalisierung des Verfassungsschutzes eingestehen“. Dabei legte das Gutachten „die Missstände beim Verfassungsschutz früh offen und warnte auch davor, dass dieser mit der derzeitigen Personalisierung nicht bestehenden Hinweisen mit der nötigen Sorgfalt nachgehen könne“.

Ein Detail ließ die Ausschussmitglieder aufhorchen

Egal, welcher Zeuge ausgesagt hat, alle waren sie damals in der SPD und alle erklärten, dass die Gründe für die Kürzungen beim Verfassungsschutz im Zusammenbruch der Sowjetunion gelegen haben: Die Spionageabwehr sei obsolet gewesen. Außerdem: „Damals stand der Linksextremismus, der Nachklapp des RAF-Terrorismus im Mittelpunkt der Beobachtungen des Verfassungsschutzes“, erklärte Reinhard Klimmt, der damalige Vorsitzende des Verfassungsausschusses, dem U-Ausschuss. Und: „Ich wurde auch beobachtet, weil ich Kontakte in die DDR hatte.“



Damit hatte Klimmt dem Ausschuss auch gesagt, was niemand gesagt hatte: Er war wahrscheinlich nicht der einzige SPDler auf der Liste des Verfassungsschutzes. Der spielte eine zentrale Rolle bei der Umsetzung des sogenannten „Radikalenerlasses“ von 1972. Dieser verpflichtete die Überprüfung von angehenden Beamten auf ihre Verfassungstreue. Dabei habe der Verfassungsschutz insbesondere Personen aus dem linken politischen Spektrum überwacht. Die Behörde dürfte für die SPDler bei der Regierungsübernahme 1985 also zunächst eher ein Gegner als ein vertrauensvoller Partner gewesen sein – einen, den man zunächst mal klein halten wollte?



Ausschussmitglied Patrick Waldruff (CDU) kann die Kürzungen beim Verfassungsausschuss aus heutiger Sicht nicht nachvollziehen: „In der vergangenen Sitzung ist nicht nur klar geworden, dass der Verfassungsschutz unterpersonalisiert war. Lafontaine hat seine Skepsis gegenüber dem Verfassungsschutz offenbar auch in der heutigen Zeit noch nicht abgelegt. Daher ist es mindestens sehr fraglich, ob der Verfassungsschutz zu dieser Zeit überhaupt Handlungsfähigkeit hatte, diese rechtsextreme Szene so zu beobachten, wie es notwendig gewesen wäre.“ Erst später hatte die SPD-Regierung die Behörde personell aufgestockt.

Ein weiteres Detail ließ die Ausschussmitglieder am vergangenen Mittwoch aufhorchen: Läßle berichtete von einer „Mauer“ zwischen ihm und der Saarlouiser Polizei. Er sei mit denen nie richtig „warm“ geworden. Diese Distanz sei ihm bei keiner anderen Polizeidienststelle begegnet.

Ein ehemaliger Bewährungshelfer hatte im Yeboah-Prozess in Koblenz Ähnliches beschrieben: Manche Polizisten in Saarlouis hätten damals geäußert, es gebe „zu viele Ausländer“ in Deutschland. Gab es diese Haltung tatsächlich? Sie könnte zumindest teilweise erklären, warum die Ermittlungen nach dem tödlichen Brandanschlag auf Samuel Yeboah bereits nach einem Jahr eingestellt wurden und die rechte Szene kaum untersucht wurde.

Wobei der ehemalige Innen-Staatssekretär Richard Dewes (SPD) dem U-Ausschuss erklärte, dass bei den Ermittlungen keine Fehler gemacht worden seien. Dass sich der spätere Polizeipräsident Norbert Rupp im April 2022 für Ermittlungsfehler entschuldigt hatte, will er nicht wahrgenommen haben – und konnte er offenbar nicht nachvollziehen.

SZ+ Zeitgleich fällt das Urteil gegen Peter St.

Brisante Aussagen im U-Ausschuss „Rassistische Anschlagserie“ in Saarbrücken



SZ+ Zeitzeuge in U-Ausschuss zur rechte Szene im Saarland

„Es war damals ein Komplettversagen von Kirche, Presse, Politik und Verfassungsschutz“



Die Rolle des Verfassungsschutzes: Ignoranz oder ideologische Blockade?

CDU-Ausschussmitglied Waldruff ist aus Sitzung 15 vor allem in Erinnerung geblieben, dass weder Innenminister noch Staatssekretär noch Ministerpräsident damals am Tatort ihre Trauer bekundet hätten: „Das wäre heute mit Sicherheit ein Politikum. Damals gab es weder eine Regierungserklärung noch irgendwie eine besondere politische Beschäftigung mit der Thematik; das ist aus heutiger Perspektive sehr ungewöhnlich – um es mal milde auszudrücken“, wertet Waldruff.

Die kommende Sitzung: Albert soll Antworten liefern

Er erwartet sich von Albert am Dienstag Klarheit über mehrere Aspekte: Warum schief der Verfassungsschutz angesichts einer aktiven Neonazi-Szene? Welche Warnungen sprach Albert aus? Braun hofft auf konkrete Belege dafür, dass die Personalnot bereits vor dem Mord bekannt war – und von der Politik ignoriert wurde. Und: „Wenn V-Männer vor Ort waren, müssten ihre Berichte Spuren hinterlassen haben“, meint Waldruff. Er hofft auf einen Hinweis Alberts darauf, ob es damals V-Leute in der rechten Szene im Saarland gab. Wahrscheinlich im nicht-öffentlichen Teil.